

Bundesgesetzblatt ⁶⁵³

Teil I

G 5702

2018

Ausgegeben zu Bonn am 11. Juni 2018

Nr. 19

Tag	Inhalt	Seite
28. 5. 2018	Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Berufsausbildung im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnik FNA: 806-21-1-244	654
29. 5. 2018	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Freistellung der Zweigstellen von Kreditinstituten mit Sitz in Japan von Vorschriften des Gesetzes über das Kreditwesen FNA: 7610-2-45	660
4. 6. 2018	Neunte Verordnung zur Änderung der Auslandszuschlagsverordnung FNA: 2032-1-37	661
3. 6. 2018	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (zu § 67 Absatz 2 Satz 3 Halbsatz 1 und § 93 Absatz 2 in Verbindung mit § 68 Absatz 4 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes) FNA: 1104-5	668
6. 6. 2018	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des delegierten Rechtsakts nach Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie 2014/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen FNA: 7610-21	668

Hinweis auf andere Verkündungen

Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 9	669
Verkündungen im Bundesanzeiger	669
Rechtsvorschriften der Europäischen Union	670

**Erste Verordnung
zur Änderung der Verordnung
über die Berufsausbildung im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnik**

Vom 28. Mai 2018

Auf Grund des § 4 Absatz 1 des Berufsbildungsgesetzes, der zuletzt durch Artikel 436 Nummer 1 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Artikel 1

Die Verordnung über die Berufsausbildung im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnik vom 10. Juli 1997 (BGBl. I S. 1741) wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe zu § 7 wird wie folgt gefasst:
„§ 7 (weggefallen)“.
 - b) Die Angabe zu § 13 wird wie folgt gefasst:
„§ 13 (weggefallen)“.
 - c) Die Angabe zu § 19 wird wie folgt gefasst:
„§ 19 (weggefallen)“.
 - d) Die Angabe zu § 25 wird wie folgt gefasst:
„§ 25 (weggefallen)“.
 - e) Die Angabe zum Sechsten Teil wird wie folgt gefasst:
„Sechster Teil
Übergangsvorschriften“.
 - f) Die Angabe zu § 28 wird wie folgt gefasst:
„§ 28 Bestandsschutz“.
 - g) Die Angabe zu § 29 wird wie folgt gefasst:
„§ 29 Änderung bestehender Berufsausbildungsverhältnisse“.
2. In § 4 Absatz 1 Nummer 5.4 werden dem Wort „Datenschutz“ die Wörter „Sicherheit in der Informations- und Telekommunikationstechnik (IT-Sicherheit)“ vorangestellt.
3. § 7 wird aufgehoben.
4. In § 9 Absatz 4 Satz 2 Nummer 1 Satz 2 werden nach den Wörtern „Erweiterbarkeit des Systems“ die Wörter „sowie die IT-Sicherheit“ eingefügt.
5. In § 10 Absatz 1 Nummer 5.4 wird dem Wort „Datenschutz“ das Wort „IT-Sicherheit“ vorangestellt.
6. § 13 wird aufgehoben.
7. In § 15 Absatz 4 Satz 2 Nummer 1 Satz 2 werden nach den Wörtern „Erweiterbarkeit des Systems“ die Wörter „sowie die IT-Sicherheit“ eingefügt.
8. In § 16 Absatz 1 Nummer 5.4 wird dem Wort „Datenschutz“ das Wort „IT-Sicherheit“ vorangestellt.
9. § 19 wird aufgehoben.
10. In § 21 Absatz 4 Satz 2 Nummer 1 Satz 2 werden nach den Wörtern „Erweiterbarkeit des Systems“ die Wörter „sowie die IT-Sicherheit“ eingefügt.
11. In § 22 Absatz 1 Nummer 5.4 wird dem Wort „Datenschutz“ das Wort „IT-Sicherheit“ vorangestellt.
12. § 25 wird aufgehoben.
13. In § 27 Absatz 4 Satz 2 Nummer 1 Satz 2 werden nach den Wörtern „Erweiterbarkeit des Systems“ die Wörter „sowie die IT-Sicherheit“ eingefügt.
14. Die Überschrift zum Sechsten Teil wird wie folgt gefasst:
„Sechster Teil
Übergangsvorschriften“.
15. § 28 wird wie folgt gefasst:
„§ 28
Bestandsschutz
Auf Berufsausbildungsverhältnisse, die vor dem 1. August 2018 bereits bestehen, ist die Verordnung über die Berufsausbildung im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnik vom 10. Juli 1997 (BGBl. I S. 1741) weiter anzuwenden.“
16. § 29 wird wie folgt gefasst:
„§ 29
Änderung
bestehender Berufsausbildungsverhältnisse
Berufsausbildungsverhältnisse, die vor dem 1. August 2018 bereits bestehen, können nach den Vorschriften dieser Verordnung in der ab dem 1. August 2018 geltenden Fassung unter Anrechnung der bisher absolvierten Ausbildungszeit fortgesetzt werden, wenn die Vertragsparteien dies vereinbaren und der oder die Auszubildende noch nicht die Zwischenprüfung absolviert hat.“

17. Die Anlage 1 wird wie folgt geändert:

a) Teil A wird wie folgt geändert:

aa) Abschnitt I wird wie folgt geändert:

aaa) Der Nummer 3.1 wird in Spalte 3 folgender Buchstabe f angefügt:

„f) die Auswirkungen des eigenen Kommunikations- und Informationsverhaltens in beruflichen Kontexten erkennen und Strategien zum verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien anwenden“.

bbb) Die Nummer 5.4 wird wie folgt gefasst:

„5.4	IT-Sicherheit, Datenschutz und Urheberrecht (§ 4 Absatz 1 Nummer 5.4)	<p>a) rechtliche Regelungen und betriebliche Vorgaben zur IT-Sicherheit einhalten</p> <p>b) Bedrohungsszenarien und Schadenspotentiale erkennen und bewerten</p> <p>c) Schutzmechanismen für informations- und telekommunikationstechnische Systeme anwenden</p> <p>d) Vorschriften zum Datenschutz einhalten</p> <p>e) Vorschriften zum Urheberrecht einhalten“.</p>
------	---	---

bb) Dem Abschnitt II Nummer 7.4 Spalte 3 werden die folgenden Buchstaben d und e angefügt:

„d) Angriffsszenarien auf Netzwerke erkennen und bewerten

e) Systeme zur IT-Sicherheit in Netzwerken implementieren“.

b) Teil B wird wie folgt geändert:

aa) Im 2. Ausbildungsjahr wird Absatz 3 wie folgt gefasst:

„(3) In einem Zeitraum von insgesamt 2 bis 4 Monaten sind schwerpunktmäßig die Fertigkeiten und Kenntnisse der Berufsbildpositionen

5.4 IT-Sicherheit, Datenschutz und Urheberrecht,

5.5 Systempflege,

6.1 Systemkomponenten,

6.2 ergonomische Geräteaufstellung, Lernziel a,

7.3 Datensicherheit, Hard- und Softwaretests,

9. Instandhaltung

zu vermitteln und ist in Verbindung damit die Vermittlung der Fertigkeiten und Kenntnisse der Berufsbildposition

1.3 Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit

fortzuführen.“

bb) Im 3. Ausbildungsjahr wird Absatz 2 wie folgt gefasst:

„(2) In einem Zeitraum von insgesamt 8 bis 10 Monaten sind schwerpunktmäßig die Fertigkeiten und Kenntnisse der Berufsbildpositionen

1.2 Berufsbildung, Arbeits- und Tarifrecht, Lernziele c und d,

10. Fachaufgaben im Einsatzgebiet

zu vermitteln und ist in Verbindung damit die Vermittlung der Fertigkeiten und Kenntnisse der Berufsbildpositionen

1.3 Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit,

1.4 Umweltschutz,

2.5 kaufmännische Steuerung und Kontrolle,

3. Arbeitsorganisation und Arbeitstechniken,

5.1 Ist-Analyse und Konzeption,

5.4 IT-Sicherheit, Datenschutz- und Urheberrecht,

6. Systemtechnik,

7. Installation

fortzuführen.“

18. Die Anlage 2 wird wie folgt geändert:

a) Teil A wird wie folgt geändert:

aa) Abschnitt I wird wie folgt geändert:

aaa) Der Nummer 3.1 wird in Spalte 3 folgender Buchstabe f angefügt:

„f) die Auswirkungen des eigenen Kommunikations- und Informationsverhaltens in beruflichen Kontexten erkennen und Strategien zum verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien anwenden“.

bbb) Die Nummer 5.4 wird wie folgt gefasst:

„5.4	IT-Sicherheit, Datenschutz und Urheberrecht (§ 10 Absatz 1 Nummer 5.4)	<p>a) rechtliche Regelungen und betriebliche Vorgaben zur IT-Sicherheit einhalten</p> <p>b) Bedrohungsszenarien und Schadenspotentiale erkennen und bewerten</p> <p>c) Schutzmechanismen für informations- und telekommunikationstechnische Systeme anwenden</p> <p>d) Vorschriften zum Datenschutz einhalten</p> <p>e) Vorschriften zum Urheberrecht einhalten“.</p>
------	--	---

bb) In Abschnitt II Nummer 6.2 Spalte 3 Buchstabe e werden nach dem Wort „Wiederverwendbarkeit“ die Wörter „und Sicherheit“ eingefügt.

cc) Dem Abschnitt III 2. Fachrichtung Systemintegration werden in der Nummer 8.2 Spalte 3 die folgenden Buchstaben e und f angefügt:

„e) Angriffsszenarien auf Netzwerke erkennen und bewerten

f) Systeme zur IT-Sicherheit in Netzwerken implementieren“.

b) Teil B wird wie folgt geändert:

aa) Abschnitt I wird wie folgt geändert:

aaa) Im 2. Ausbildungsjahr wird Absatz 2 wie folgt gefasst:

„(2) In einem Zeitraum von insgesamt 2 bis 4 Monaten sind schwerpunktmäßig die Fertigkeiten und Kenntnisse der Berufsbildpositionen

4.4 Netze, Dienste,

5.4 IT-Sicherheit, Datenschutz und Urheberrecht,

5.5 Systempflege,

6.3 Schnittstellenkonzepte,

9.1 kundenspezifische Anpassung und Softwarepflege

zu vermitteln und ist in Verbindung damit die Vermittlung der Fertigkeiten und Kenntnisse der Berufsbildposition

3.1 Informieren und Kommunizieren

fortzuführen.“

bbb) Im 3. Ausbildungsjahr wird Absatz 2 wie folgt gefasst:

„(2) In einem Zeitraum von insgesamt 8 bis 10 Monaten sind schwerpunktmäßig die Fertigkeiten und Kenntnisse der Berufsbildpositionen

1.2 Berufsbildung, Arbeits- und Tarifrecht, Lernziele c und d,

10. Fachaufgaben im Einsatzgebiet

zu vermitteln und ist in Verbindung damit die Vermittlung der Fertigkeiten und Kenntnisse der Berufsbildpositionen

1.3 Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit,

1.4 Umweltschutz,

2.5 kaufmännische Steuerung und Kontrolle,

3. Arbeitsorganisation und Arbeitstechniken,

5.4 IT-Sicherheit, Datenschutz- und Urheberrecht,

6. Systementwicklung,

8. informations- und telekommunikationstechnische Systeme,

9. kundenspezifische Anwendungslösungen

fortzuführen.“

bb) Abschnitt II wird wie folgt geändert:

aaa) Im 2. Ausbildungsjahr wird Absatz 2 wie folgt gefasst:

„(2) In einem Zeitraum von insgesamt 4 bis 6 Monaten sind schwerpunktmäßig die Fertigkeiten und Kenntnisse der Berufsbildpositionen

- 4.4 Netze, Dienste,
- 5.4 IT-Sicherheit, Datenschutz und Urheberrecht,
- 5.5 Systempflege,
- 6.3 Schnittstellenkonzepte,
- 8.1 Systemkonfiguration,
- 8.2 Netzwerke,
- 8.3 Systemlösungen

zu vermitteln und ist in Verbindung damit die Vermittlung der Fertigkeiten und Kenntnisse der Berufsbildposition

3.1 Informieren und Kommunizieren
fortzuführen.“

bbb) Im 3. Ausbildungsjahr wird Absatz 2 wie folgt gefasst:

„(2) In einem Zeitraum von insgesamt 8 bis 10 Monaten sind schwerpunktmäßig die Fertigkeiten und Kenntnisse der Berufsbildpositionen

- 1.2 Berufsbildung, Arbeits- und Tarifrecht, Lernziele c und d,
- 10. Fachaufgaben im Einsatzgebiet

zu vermitteln und ist in Verbindung damit die Vermittlung der Fertigkeiten und Kenntnisse der Berufsbildpositionen

- 1.3 Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit,
 - 1.4 Umweltschutz,
 - 2.5 kaufmännische Steuerung und Kontrolle,
 - 3. Arbeitsorganisation und Arbeitstechniken,
 - 5.4 IT-Sicherheit, Datenschutz- und Urheberrecht,
 - 6. Systementwicklung,
 - 8. Systemintegration
- fortzuführen.“

19. Die Anlage 3 wird wie folgt geändert:

a) Teil A wird wie folgt geändert:

aa) Abschnitt I wird wie folgt geändert:

aaa) Der Nummer 3.1 wird in Spalte 3 folgender Buchstabe f angefügt:

„f) die Auswirkungen des eigenen Kommunikations- und Informationsverhaltens in beruflichen Kontexten erkennen und Strategien zum verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien anwenden“.

bbb) Die Nummer 5.4 wird wie folgt gefasst:

„5.4	IT-Sicherheit, Datenschutz und Urheberrecht (§ 16 Absatz 1 Nummer 5.4)	a) rechtliche Regelungen und betriebliche Vorgaben zur IT-Sicherheit einhalten b) Bedrohungsszenarien und Schadenspotentiale erkennen und bewerten c) Schutzmechanismen für informations- und telekommunikationstechnische Systeme anwenden d) Vorschriften zum Datenschutz einhalten e) Vorschriften zum Urheberrecht einhalten“.
------	--	--

bb) In Abschnitt II Nummer 8.2 Spalte 3 Buchstabe b wird nach dem Wort „arbeitsorganisatorischer“ das Wort „, sicherheitsrelevanter“ eingefügt.

b) Teil B wird wie folgt geändert:

aa) Im 2. Ausbildungsjahr wird Absatz 2 wie folgt gefasst:

„(2) In einem Zeitraum von insgesamt 3 bis 5 Monaten sind schwerpunktmäßig die Fertigkeiten und Kenntnisse der Berufsbildpositionen

- 4.4 Netze, Dienste,

5.4 IT-Sicherheit, Datenschutz und Urheberrecht,

5.5 Systempflege

zu vermitteln und ist in Verbindung damit die Vermittlung der Fertigkeiten und Kenntnisse der Berufsbildpositionen

1.4 Umweltschutz, Lernziele b bis d,

3.1 Informieren und Kommunizieren,

5.2 Programmier Techniken, Lernziele b und c, fortzuführen.“

bb) Im 3. Ausbildungsjahr wird Absatz 2 wie folgt gefasst:

„(2) In einem Zeitraum von insgesamt 8 bis 10 Monaten sind schwerpunktmäßig die Fertigkeiten und Kenntnisse der Berufsbildpositionen

1.2 Berufsbildung, Arbeits- und Tarifrecht, Lernziele c und d,

10. Fachaufgaben im Einsatzgebiet

zu vermitteln und ist in Verbindung damit die Vermittlung der Fertigkeiten und Kenntnisse der Berufsbildpositionen

1.4 Umweltschutz,

3. Arbeitsorganisation und Arbeitstechniken,

5.4 IT-Sicherheit, Datenschutz- und Urheberrecht,

7. Vertrieb,

8. kundenspezifische Systemlösungen,

9. Auftragsbearbeitung

fortzuführen.“

20. Die Anlage 4 wird wie folgt geändert:

a) Teil A wird wie folgt geändert:

aa) Abschnitt I wird wie folgt geändert:

aaa) Der Nummer 3.1 wird in Spalte 3 folgender Buchstabe f angefügt:

„f) die Auswirkungen des eigenen Kommunikations- und Informationsverhaltens in beruflichen Kontexten erkennen und Strategien zum verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien anwenden“.

bbb) Die Nummer 5.4 wird wie folgt gefasst:

„5.4	IT-Sicherheit, Datenschutz und Urheberrecht (§ 22 Absatz 1 Nummer 5.4)	a) rechtliche Regelungen und betriebliche Vorgaben zur IT-Sicherheit einhalten b) Bedrohungsszenarien und Schadenspotentiale erkennen und bewerten c) Schutzmechanismen für informations- und telekommunikationstechnische Systeme anwenden d) Vorschriften zum Datenschutz einhalten e) Vorschriften zum Urheberrecht einhalten“.
------	--	--

bb) In Abschnitt II Nummer 8.2 Spalte 3 Buchstabe f wird nach dem Wort „arbeitsorganisatorischer“ das Wort „, sicherheitsrelevanter“ eingefügt.

b) Teil B wird wie folgt geändert:

aa) Im 2. Ausbildungsjahr wird Absatz 3 wie folgt gefasst:

„(3) In einem Zeitraum von insgesamt 3 bis 5 Monaten sind schwerpunktmäßig die Fertigkeiten und Kenntnisse der Berufsbildpositionen

4.4 Netze, Dienste,

5.4 IT-Sicherheit, Datenschutz und Urheberrecht,

5.5 Systempflege,

9.1 Einkauf,

9.2 Auftragsabwicklung,

9.3 Installation und Optimierung,

9.4 Systemverwaltung,

10.1 Ergonomie,

10.2 Anwendungsprobleme

zu vermitteln und ist in Verbindung damit die Vermittlung der Fertigkeiten und Kenntnisse der Berufsbildpositionen

- 1.3 Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit,
- 1.4 Umweltschutz, Lernziele b bis d,
- 3.1 Informieren und Kommunizieren,
- 5.1 Ist-Analyse und Konzeption,
- 5.2 Programmiertechniken,
6. branchenspezifische Leistungen (der fachbereichsspezifischen Ausbildungsinhalte nach Abschnitt III)

fortzuführen.“

bb) Im 3. Ausbildungsjahr wird Absatz 3 wie folgt gefasst:

„(3) In einem Zeitraum von insgesamt 4 bis 6 Monaten sind schwerpunktmäßig die Fertigkeiten und Kenntnisse der Berufsbildpositionen

- 1.2 Berufsbildung, Arbeits- und Tarifrecht, Lernziele c und d,
8. Projektplanung und -durchführung

zu vermitteln und ist in Verbindung damit die Vermittlung der Fertigkeiten und Kenntnisse der Berufsbildpositionen

- 1.4 Umweltschutz,
3. Arbeitsorganisation und Arbeitstechniken,
- 5.4 IT-Sicherheit, Datenschutz- und Urheberrecht,
6. branchenspezifische Leistungen (der fachbereichsspezifischen Ausbildungsinhalte nach Abschnitt III),
- 7.4 Rechnungswesen und Controlling,
9. Beschaffen und Bereitstellen von Systemen

fortzuführen.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. August 2018 in Kraft.

Berlin, den 28. Mai 2018

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Energie
In Vertretung
Nussbaum

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung
über die Freistellung der Zweigstellen von Kreditinstituten
mit Sitz in Japan von Vorschriften des Gesetzes über das Kreditwesen**

Vom 29. Mai 2018

Auf Grund des § 53c Absatz 1 Nummer 2 des Kreditwesengesetzes, der zuletzt durch Artikel 6 Nummer 22 Buchstabe b des Gesetzes vom 23. Juni 2017 (BGBl. I S. 1693) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium der Finanzen:

Artikel 1

Die Verordnung über die Freistellung der Zweigstellen von Kreditinstituten mit Sitz in Japan von Vorschriften des Gesetzes über das Kreditwesen vom 30. Januar 2014 (BGBl. I S. 322, 323) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

- a) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden die Wörter „des japanischen Ministeriums der Finanzen“ durch die Wörter „der japanischen Financial Services Agency“ ersetzt.
- b) In Nummer 2 wird der Punkt am Ende durch das Wort „sowie“ ersetzt.
- c) Folgende Nummer 3 wird angefügt:

„3. die Vorgaben der Artikel 411 bis 428 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 1; L 208 vom 2.8.2013, S. 68; L 321 vom 30.11.2013, S. 6; L 193 vom 21.7.2015, S. 166; L 20 vom 25.1.2017, S. 3), die zuletzt durch die Delegierte Verordnung (EU) 2018/405 (ABl. L 74 vom 16.3.2018, S. 3) geändert worden ist, und der auf ihrer Grundlage erlassenen Rechtsakte, die Bestimmungen des Kreditwesengesetzes, die auf Vorgaben der Artikel 411 bis 428 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 verweisen, sowie die in Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 erlassene Rechtsverordnung nach § 11 Absatz 1 Satz 2 des Kreditwesengesetzes nicht anzuwenden sind.“

2. In § 2 wird die Angabe „10i“ durch die Angabe „11“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 29. Mai 2018

Der Bundesminister der Finanzen
Olaf Scholz

Neunte Verordnung zur Änderung der Auslandszuschlagsverordnung

Vom 4. Juni 2018

Auf Grund des § 53 Absatz 7 des Bundesbesoldungsgesetzes vom 19. Juni 2009 (BGBl. I S. 1434) in Verbindung mit § 1 Absatz 2 des Zuständigkeitsanpassungsgesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3165) und dem Organisationserlass vom 14. März 2018 (BGBl. I S. 374) verordnet das Auswärtige Amt im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium der Verteidigung:

Artikel 1

Änderung der Auslandszuschlagsverordnung

Die Anlagen 1 und 2 der Auslandszuschlagsverordnung vom 17. August 2010 (BGBl. I S. 1177, 1244), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 24. Juni 2017 (BGBl. I S. 1937) geändert worden ist, werden wie folgt gefasst:

„Anlage 1 (zu § 1 Absatz 2 Satz 1)

	Staat	Dienstort	Zonenstufe
	1	2	3
Abschnitt 1 Europa			
1	Albanien	Tirana	11
2	Belgien	Brüssel	1
3	Bosnien und Herzegowina	Sarajewo	11
4	Bulgarien	Sofia	9
5	Dänemark	Kopenhagen	2
6	Estland	Tallinn	7
7	Finnland	Helsinki	5
8	Frankreich	Paris	2
9		Bordeaux	2
10		Lyon	1
11		Marseille	2
12		Straßburg	2
13	Griechenland	Athen	5
14		Thessaloniki	5
15	Irland	Dublin	2
16	Island	Reykjavik	5
17	Italien	Rom	2
18		Mailand	1
19	Kosovo	Pristina	15
20	Kroatien	Zagreb	6
21	Lettland	Riga	6
22	Litauen	Wilna	5

	Staat	Dienstort	Zonenstufe
	1	2	3
23	Luxemburg	Luxemburg	1
24	Malta	Valletta	3
25	Mazedonien	Skopje	10
26	Moldau	Chisinau	10
27	Montenegro	Podgorica	12
28	Niederlande	Den Haag	1
29		Amsterdam	1
30	Norwegen	Oslo	4
31	Österreich	Wien	1
32	Polen	Warschau	4
33		Breslau	6
34		Danzig	6
35		Krakau	5
36		Oppeln	8
37	Portugal	Lissabon	1
38	Rumänien	Bukarest	7
39		Hermannstadt	10
40		Temeswar	9
41	Russland	Moskau	12
42		Jekaterinburg	13
43		Kaliningrad	12
44		Nowosibirsk	15
45		St. Petersburg	11
46	Schweden	Stockholm	3
47	Schweiz	Bern	2
48		Genf	2
49	Serbien	Belgrad	9
50	Slowakische Republik	Pressburg	5
51	Slowenien	Laibach	4
52	Spanien	Madrid	2
53		Barcelona	1
54		Las Palmas de Gran Canaria	2
55		Malaga	1
56		Palma de Mallorca	1
57	Tschechische Republik	Prag	4
58	Türkei	Ankara	9
59		Antalya	8
60		Istanbul	9
61		Izmir	7
62	Ukraine	Kiew	12
63		Donezk	17

	Staat	Dienstort	Zonenstufe
	1	2	3
64	Ungarn	Budapest	4
65	Vereinigtes Königreich	London	1
66		Edinburgh	3
67	Weißrussland	Minsk	12
68	Zypern	Nikosia	8
Abschnitt 2 Afrika			
69	Ägypten	Kairo	15
70	Algerien	Algier	16
71	Angola	Luanda	20
72	Äquatorialguinea	Malabo	20
73	Äthiopien	Addis Abeba	17
74	Benin	Cotonou	19
75	Botsuana	Gaborone	14
76	Burkina Faso	Ouagadougou	20
77	Burundi	Bujumbura	20
78	Côte d'Ivoire	Abidjan	20
79	Dschibuti	Dschibuti	20
80	Eritrea	Asmara	20
81	Gabun	Libreville	20
82	Ghana	Accra	18
83	Guinea	Conakry	20
84	Kamerun	Jaunde	20
85	Kenia	Nairobi	16
86	Kongo	Brazzaville	20
87	Kongo, Demokratische Republik	Kinshasa	20
88	Liberia	Monrovia	20
89	Libyen	Tripolis	20
90	Madagaskar	Antananarivo	20
91	Malawi	Lilongwe	17
92	Mali	Bamako	20
93	Marokko	Rabat	11
94	Mauretanien	Nouakchott	20
95	Mosambik	Maputo	18
96	Namibia	Windhuk	13
97	Niger	Niamey	20
98	Nigeria	Abuja	20
99		Lagos	20
100	Ruanda	Kigali	20
101	Sambia	Lusaka	17
102	Senegal	Dakar	18

	Staat	Dienstort	Zonenstufe
	1	2	3
103	Sierra Leone	Freetown	20
104	Simbabwe	Harare	20
105	Sudan	Khartum	20
106	Südafrika	Pretoria	8
107		Kapstadt	11
108	Südsudan	Dschuba	20
109	Tansania	Daressalam	19
110	Togo	Lomé	20
111	Tschad	N'Djamena	20
112	Tunesien	Tunis	9
113	Uganda	Kampala	15
Abschnitt 3 Amerika			
114	Argentinien	Buenos Aires	13
115	Bolivien	La Paz	16
116	Brasilien	Brasília	13
117		Porto Alegre	14
118		Recife	14
119		Rio de Janeiro	14
120		São Paulo	14
121	Chile	Santiago de Chile	13
122	Costa Rica	San José	13
123	Dominikanische Republik	Santo Domingo	15
124	Ecuador	Quito	13
125	El Salvador	San Salvador	19
126	Guatemala	Guatemala City	16
127	Haiti	Port-au-Prince	20
128	Honduras	Tegucigalpa	20
129	Jamaika	Kingston	19
130	Kanada	Ottawa	4
131		Montreal	6
132		Toronto	5
133		Vancouver	3
134	Kolumbien	Bogotá	13
135	Kuba	Havanna	20
136	Mexiko	Mexiko City	13
137	Nicaragua	Managua	19
138	Panama	Panama	14
139	Paraguay	Asunción	13
140	Peru	Lima	15

	Staat	Dienstort	Zonenstufe
	1	2	3
141	Trinidad und Tobago	Port-of-Spain	18
142	Uruguay	Montevideo	11
143	Venezuela	Caracas	18
144	Vereinigte Staaten	Washington	7
145		Atlanta	5
146		Boston	5
147		Chicago	7
148		Houston	8
149		Los Angeles	5
150		Miami	7
151		New York	6
152		San Francisco	6
Abschnitt 4 Asien			
153	Afghanistan	Kabul	20
154		Masar-e-Sharif	20
155	Armenien	Eriwan	13
156	Aserbaidshan	Baku	14
157	Bahrain	Manama	17
158	Bangladesch	Dhaka	20
159	Brunei	Bandar Seri Begawan	14
160	China	Peking	13
161		Chengdu	16
162		Hongkong	10
163		Kanton	16
164		Shanghai	12
165		Shenyang	20
166	Georgien	Tiflis	14
167	Indien	New Delhi	17
168		Bangalore	17
169		Chennai (Madras)	17
170		Kalkutta	17
171		Mumbai (Bombay)	14
172	Indonesien	Jakarta	17
173	Irak	Bagdad	20
174		Erbil	20
175	Iran	Teheran	19
176	Israel	Tel Aviv	11
177	Japan	Tokyo	12
178		Osaka-Kobe	12
179	Jemen	Sanaa	20
180	Jordanien	Amman	14

	Staat	Dienstort	Zonenstufe
	1	2	3
181	Kambodscha	Phnom Penh	20
182	Kasachstan	Astana	14
183		Almaty	14
184	Katar	Doha	14
185	Kirgisistan	Bischkek	19
186	Korea, Demokratische Volksrepublik	Pjöngjang	20
187	Korea, Republik	Seoul	12
188	Kuwait	Kuwait	13
189	Laos	Vientiane	19
190	Libanon	Beirut	16
191	Malaysia	Kuala Lumpur	11
192	Mongolei	Ulan Bator	20
193	Myanmar	Rangun	20
194	Nepal	Kathmandu	20
195	Oman	Maskat	14
196	Pakistan	Islamabad	19
197		Karachi	20
198	Philippinen	Manila	16
199	Saudi-Arabien	Riad	16
200		Djidda	17
201	Singapur	Singapur	10
202	Sri Lanka	Colombo	15
203	Syrien	Damaskus	19
204	Tadschikistan	Duschanbe	20
205	Thailand	Bangkok	14
206	Turkmenistan	Aschgabat	18
207	Usbekistan	Taschkent	20
208	Vereinigte Arabische Emirate	Abu Dhabi	13
209		Dubai	11
210	Vietnam	Hanoi	16
211		Ho-Chi-Minh-Stadt	18
Abschnitt 5 Australien und Neuseeland			
212	Australien	Canberra	9
213		Sydney	9
214	Neuseeland	Wellington	8
Abschnitt 6 Weitere Dienstorte			
215		Ramallah (Palästinensisches Autonomiegebiet)	16
216		Taipei (Taiwan)	14

Anlage 2
(zu § 1 Absatz 2 Satz 3)

	Staat	Dienstort	Zonenstufe
	1	2	3
Abschnitt 1 Europa			
1	Belgien	Casteau (Shape)/Mons	2
2		Glons	2
3	Frankreich	Évreux	3
4		Le Luc/Le Cannet de Maures	3
5		Nancy/Toul	3
6	Italien	Neapel/Giugliano	4
7		Palermo	4
8		Poggio Renatico	2
9		Sigonella/Catania	4
10	Litauen	Rukla	6
11	Niederlande	Brunssum/Kerkrade	2
12		Eibergen	2
13		Eindhoven	2
14		Vredepeel	2
Abschnitt 2 Amerika			
15	Vereinigte Staaten	Alamogordo/Holloman	9
16		Carlisle	7
17		El Paso/Fort Bliss	7
18		Norfolk	5
19		Reston/Dulles	8
20		Sheppard AFB	7
Abschnitt 3 Weitere Dienstorte			
21		Neumayer-Station III (Antarktis)	11“.

Artikel 2
Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2018 in Kraft.

Berlin, den 4. Juni 2018

Der Bundesminister des Auswärtigen
Heiko Maas

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24. April 2018 – 2 BvL 10/16 – wird die Entscheidungsformel veröffentlicht:

§ 67 Absatz 2 Satz 3 Halbsatz 1 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes in der Fassung vom 28. April 2014 (Gesetz- und Verordnungsblatt I Nummer 18) und § 67 Absatz 2 Satz 3 Halbsatz 1, § 93 Absatz 2 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes in Verbindung mit § 68 Absatz 4 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Juli 2004 (Gesetz- und Verordnungsblatt I Seite 394) sind mit Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes unvereinbar und nichtig.

Die vorstehende Entscheidungsformel hat gemäß § 31 Absatz 2 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes Gesetzeskraft.

Berlin, den 3. Juni 2018

Die Bundesministerin
der Justiz und für Verbraucherschutz
Katarina Barley

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des delegierten Rechtsakts nach Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie 2014/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen

Vom 6. Juni 2018

Nach Artikel 9 Absatz 1 Satz 2 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten sowie den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen vom 11. April 2016 (BGBl. I S. 720) wird hiermit bekannt gemacht, dass die in Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie 2014/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 214) benannten technischen Regulierungsstandards als Delegierte Verordnung (EU) 2018/32 der Kommission vom 28. September 2017 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die standardisierte Unionsterminologie für die repräsentativsten mit einem Zahlungskonto verbundenen Dienste (ABl. L 6 vom 11.1.2018, S. 3) am 31. Januar 2018 in Kraft getreten sind.

Berlin, den 6. Juni 2018

Bundesministerium
der Justiz und für Verbraucherschutz
Im Auftrag
Schewior

Hinweis auf das Bundesgesetzblatt Teil II**Nr. 9, ausgegeben am 24. Mai 2018**

Tag	Inhalt	Seite
15. 5.2018	Verordnung zur Änderung der Anlage 1 Anhang 2 des Übereinkommens vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (Fünfzehnte Verordnung zur Änderung des ATP-Übereinkommens)	210
8. 5.2018	Bekanntmachung der deutsch-brasilianischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit	212
8. 5.2018	Bekanntmachung der deutsch-brasilianischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit	214
8. 5.2018	Bekanntmachung der Fehlerverzeichnisse 1 bis 3 zur Neufassung der Ordnung für die internationale Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter (RID 2007) sowie zu den mit der 20. RID-Änderungsverordnung veröffentlichten Änderungen des RID	216
9. 5.2018	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens von Nizza über die internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken	229
9. 5.2018	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens von Locarno zur Errichtung einer Internationalen Klassifikation für gewerbliche Muster und Modelle	229
9. 5.2018	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die völkerrechtliche Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände	230
9. 5.2018	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls zur Änderung des deutsch-mazedonischen Doppelbesteuerungsabkommens	230
11. 5.2018	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Änderung von 2001 des Übereinkommens über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen	231
11. 5.2018	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über ein Internationales Energieprogramm	231
11. 5.2018	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls über den Beitritt der Regierung der Russischen Föderation zu dem Übereinkommen vom 16. Dezember 1988 über den Bau und Betrieb einer Europäischen Synchrotronstrahlungsanlage (ESRF)	232

Hinweis auf Verkündungen im Bundesanzeiger

Gemäß § 2 Absatz 3 des Verkündungs- und Bekanntmachungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 114-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, der zuletzt durch Artikel 1 Nummer 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, wird auf folgende im Bundesanzeiger (www.bundesanzeiger.de) verkündete Rechtsverordnung nachrichtlich hingewiesen:

Datum und Bezeichnung der Verordnung	Fundstelle	Tag des Inkrafttretens
22. 5.2018 Fünfundfünfzigste Verordnung zur Änderung der Zweihundertzwölf- ten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Flugverfahren für An- und Abflüge nach Instrumentenflugregeln zum und vom Flughafen Frankfurt am Main) FNA: 96-1-2-212	BAnz AT 01.06.2018 V1	13. 9.2018

Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Union,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben.

Aufgeführt werden nur die Verordnungen, die im Inhaltsverzeichnis des Amtsblattes durch Fettdruck hervorgehoben sind.

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift		ABI. EU – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite vom	
–	Berichtigung der Verordnung (EU) 2017/625 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 über amtliche Kontrollen und andere amtliche Tätigkeiten zur Gewährleistung der Anwendung des Lebens- und Futtermittelrechts und der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz, Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmittel, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 999/2001, (EG) Nr. 396/2005, (EG) Nr. 1069/2009, (EG) Nr. 1107/2009, (EU) Nr. 1151/2012, (EU) Nr. 652/2014, (EU) 2016/429 und (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnungen (EG) Nr. 1/2005 und (EG) Nr. 1099/2009 des Rates sowie der Richtlinien 98/58/EG, 1999/74/EG, 2007/43/EG, 2008/119/EG und 2008/120/EG des Rates und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 854/2004 und (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Richtlinien 89/608/EWG, 89/662/EWG, 90/425/EWG, 91/496/EWG, 96/23/EG, 96/93/EG und 97/78/EG des Rates und des Beschlusses 92/438/EWG des Rates (Verordnung über amtliche Kontrollen) (ABl. L 95 vom 7.4.2017)	L 48/44	21. 2. 2018
21. 2. 2018	Durchführungsverordnung (EU) 2018/258 der Kommission zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 725/2011 zwecks deren Anpassung an die Änderung des Regelprüfverfahrens und zur Vereinfachung der Verwaltungsverfahren für die Beantragung und Zertifizierung ⁽¹⁾	L 49/1	22. 2. 2018
	⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
21. 2. 2018	Durchführungsverordnung (EU) 2018/259 der Kommission zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 427/2014 zwecks deren Anpassung an die Änderung des Regelprüfverfahrens und zur Vereinfachung der Verwaltungsverfahren für die Beantragung und Zertifizierung ⁽¹⁾	L 49/9	22. 2. 2018
	⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
21. 2. 2018	Durchführungsverordnung (EU) 2018/260 der Kommission zur Einstellung der Untersuchung betreffend die mutmaßliche Umgehung der mit der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1008/2011 des Rates, geändert durch die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 372/2013, eingeführten Antidumpingmaßnahmen gegenüber den Einfuhren manueller Palettenhubwagen und wesentlicher Teile davon mit Ursprung in der Volksrepublik China durch aus Vietnam versandte Einfuhren, ob als Ursprungserzeugnisse Vietnams angemeldet oder nicht	L 49/16	22. 2. 2018
20. 12. 2017	Delegierte Verordnung (EU) 2018/236 der Kommission zur Berichtigung der estnischen Sprachfassung der Delegierten Verordnung (EU) 2017/654 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1628 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich technischer und allgemeiner Anforderungen in Bezug auf die Emissionsgrenzwerte und die Typgenehmigung von Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte	L 50/1	22. 2. 2018
19. 2. 2018	Verordnung (EU) 2018/264 des Rates zur Festsetzung der Produktionsabgaben sowie des Berechnungskoeffizienten für die Ergänzungsabgabe im Zuckersektor für das Wirtschaftsjahr 1999/2000 und zur Festsetzung der Produktionsabgaben im Zuckersektor für das Wirtschaftsjahr 2000/2001	L 51/1	23. 2. 2018
16. 2. 2018	Durchführungsverordnung (EU) 2018/265 der Kommission zur Genehmigung einer nicht geringfügigen Änderung der Spezifikation eines im Register der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben eingetragenen Namens („Squacquerone di Romagna“ (g.U.))	L 51/5	23. 2. 2018

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABI. EU – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite vom	
19. 2. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/266 der Kommission zur Eintragung eines Namens in das Register der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben („Thym de Provence“ (g.g.A.))	L 51/6	23. 2. 2018
19. 2. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/267 der Kommission zur Einreihung bestimmter Waren in die Kombinierte Nomenklatur	L 51/8	23. 2. 2018
15. 2. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/238 der Kommission zur Zulassung von Dinatrium-5'-ribonucleotiden, Dinatrium-5'-guanylat und Dinatrium-5'-inosinat als Zusatzstoffe in Futtermitteln für alle Tierarten ⁽¹⁾	L 53/1	23. 2. 2018
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
15. 2. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/239 der Kommission zur Zulassung von Methyl-N-methylantranilat und Methylantranilat als Zusatzstoffen in Futtermitteln für alle Tierarten außer Vögeln ⁽¹⁾	L 53/9	23. 2. 2018
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
15. 2. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/240 der Kommission zur Zulassung von Trimethylamin, Trimethylaminhydrochlorid und 3-Methylbutylamin als Zusatzstoffe in Futtermitteln für alle Tierarten außer Legehennen sowie von 2-Methoxyethylbenzol, 1,3-Dimethoxybenzol, 1,4-Dimethoxybenzol und 1-Isopropyl-2-methoxy-4-methylbenzol als Zusatzstoffe in Futtermitteln für alle Tierarten ⁽¹⁾	L 53/14	23. 2. 2018
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
15. 2. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/241 der Kommission zur Zulassung von Piperin, 3-Methylindol, Indol, 2-Acetylpyrrol und Pyrrolidin als Zusatzstoffe in Futtermitteln für alle Tierarten ⁽¹⁾	L 53/27	23. 2. 2018
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
15. 2. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/242 der Kommission zur Zulassung von Hex-3(cis)-en-1-ol, Non-6-en-1-ol, Oct-3-en-1-ol, Non-6(cis)-enal, Hex-3(cis)-enal, Hept-4-enal, Hex-3(cis)-enylacetat, Hex-3(cis)-enylformiat, Hex-3-enylbutyrat, Hex-3-enylhexanoat, Hex-3(cis)-enylisobutyrat, Citronellol, (-)-3,7-Dimethyl-6-octen-1-ol, Citronellal, 2,6-Dimethylhept-5-enal, Citronellsäure, Citronellylacetat, Citronellylbutyrat, Citronellylformiat, Citronellylpropionat, 1-Ethoxy-1-(3-hexenyloxy)ethan und Hex-3-enylisovalerat als Zusatzstoffe in Futtermitteln für alle Tierarten ⁽¹⁾	L 53/36	23. 2. 2018
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
15. 2. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/243 der Kommission zur Zulassung von 3-Hydroxybutan-2-on, Pentan-2,3-dion, 3,5-Dimethylcyclopentan-1,2-dion, Hexan-3,4-dion, Sec-butan-3-onylacetat, 2,6,6-Trimethylcyclohex-2-en-1,4-dion und 3-Methylnona-2-,4-dion als Zusatzstoffe in Futtermitteln für alle Tierarten ⁽¹⁾	L 53/69	23. 2. 2018
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
15. 2. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/244 der Kommission zur Zulassung von Vanillylacetat und 4-(4-Methoxyphenyl)butan-2-on als Zusatzstoffe in Futtermitteln für alle Tierarten und zur Ablehnung von 1-Phenylethan-1-ol ⁽¹⁾	L 53/81	23. 2. 2018
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
15. 2. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/245 der Kommission zur Zulassung von Menthol, d-Carvon, Menthylacetat, d,l-Isomenthon, 3-Methyl-2-(pent-2(cis)-enyl)cyclopent-2-en-1-on, 3,5,5-Trimethylcyclohex-2-en-1-on, d-Fenchon, Fenchylalkohol, Carvylacetat, Dihydrocarvylacetat und Fenchylacetat als Zusatzstoffe in Futtermitteln für alle Tierarten ⁽¹⁾	L 53/87	23. 2. 2018
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift		ABI. EU – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite vom	
15. 2. 2018	Durchführungsverordnung (EU) 2018/246 der Kommission zur Zulassung von Linalooloxid als Zusatzstoff in Futtermitteln für alle Tierarten außer Fisch ⁽¹⁾	L 53/105	23. 2. 2018
	⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
15. 2. 2018	Durchführungsverordnung (EU) 2018/247 der Kommission zur Zulassung von 2,4,5-Trimethylthiazol, 2-Isobutylthiazol, 5-(2-Hydroxyethyl)-4-methylthiazol, 2-Acetylthiazol, 2-Ethyl-4-methylthiazol, 5,6-Dihydro-2,4,6-tris(2-methylpropyl)4H-1,3,5-dithiazin und Thiaminhydrochlorid als Zusatzstoffe in Futtermitteln für alle Tierarten ⁽¹⁾	L 53/109	23. 2. 2018
	⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
15. 2. 2018	Durchführungsverordnung (EU) 2018/248 der Kommission zur Zulassung von 2,3-Diethylpyrazin, 2,5- oder 6-Methoxy-3-methylpyrazin, 2-Acetyl-3-ethylpyrazin, 2,3-Diethyl-5-methylpyrazin, 2-(sec-Butyl)-3-methoxypyrazin, 2-Ethyl-3-methoxypyrazin, 5,6,7,8-Tetrahydrochinoxalin, 2-Ethylpyrazin und 5-Methylchinoxalin als Zusatzstoffe in Futtermitteln für alle Tierarten ⁽¹⁾	L 53/120	23. 2. 2018
	⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
15. 2. 2018	Durchführungsverordnung (EU) 2018/249 der Kommission zur Zulassung von Taurin, beta-Alanin, L-Alanin, L-Arginin, L-Asparaginsäure, L-Histidin, D,L-Isoleucin, L-Leucin, L-Phenylalanin, L-Prolin, D,L-Serin, L-Tyrosin, L-Methionin, L-Valin, L-Cystein, Glycin, Mononatriumglutamat und L-Glutaminsäure als Zusatzstoffe in Futtermitteln für alle Tierarten sowie von L-Cysteinhydrochloridmonohydrat für alle Tierarten außer Katzen und Hunden ⁽¹⁾	L 53/134	23. 2. 2018
	⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
15. 2. 2018	Durchführungsverordnung (EU) 2018/250 der Kommission zur Zulassung von Methyl-2-furoat, Bis(2-methyl-3-furyl)disulfid, Furfural, Furfurylalkohol, 2-Furanmethanthiol, S-Furfurylacethioat, Difurfuryldisulfid, Methylfurfurylsulfid, 2-Methylfuran-3-thiol, Methylfurfuryldisulfid, Methyl-2-methyl-3-furyldisulfid und Furfurylacetat als Zusatzstoffe in Futtermitteln für alle Tierarten ⁽¹⁾	L 53/166	23. 2. 2018
	⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
23. 2. 2018	Verordnung (EU) 2018/275 des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen gegen Belarus	L 54/1	24. 2. 2018
23. 2. 2018	Durchführungsverordnung (EU) 2018/276 der Kommission zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 215/2014 im Hinblick auf die Festlegung von Etappenzielen und Vorgaben für Outputindikatoren im Leistungsrahmen für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds	L 54/4	24. 2. 2018
23. 2. 2018	Durchführungsverordnung (EU) 2018/277 der Kommission zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/207 im Hinblick auf Änderungen der Muster für die Durchführungsberichte für die Ziele „Wachstum und Beschäftigung“ und „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ sowie für die Muster für den Fortschrittsbericht und die jährlichen Kontrollberichte und zur Berichtigung jener Verordnung im Hinblick auf die Muster für den Durchführungsbericht für das Ziel „Wachstum und Beschäftigung“ und den jährlichen Kontrollbericht	L 54/6	24. 2. 2018
23. 2. 2018	Durchführungsverordnung (EU) 2018/278 der Kommission zur Änderung des Anhangs der Verordnung (EU) Nr. 1305/2014 hinsichtlich der Struktur der Meldungen, des Modells für Daten und Meldungen und der Betriebsdatenbank für Wagen und Intermodaleinheiten sowie zur Annahme einer informationstechnischen Norm für die Kommunikationssteuerschicht der gemeinsamen Schnittstelle	L 54/11	24. 2. 2018
–	Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. L 284 vom 30.10.2009)	L 54/18	24. 2. 2018

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABI. EU – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite vom	
26. 2. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/281 des Rates zur Durchführung der Verordnung (EU) 2016/1686 zur Verhängung zusätzlicher restriktiver Maßnahmen gegen ISIL (Da'esh) und Al-Qaida und mit ihnen verbundene natürliche oder juristische Personen, Organisationen und Einrichtungen	L 54/1	26. 2. 2018
26. 2. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/282 des Rates zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 36/2012 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien	L 54/3	26. 2. 2018
26. 2. 2018 Verordnung (EU) 2018/285 des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1509 des Rates über restriktive Maßnahmen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea	L 55/1	27. 2. 2018
26. 2. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/286 des Rates zur Durchführung der Verordnung (EU) 2017/1509 über restriktive Maßnahmen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea	L 55/15	27. 2. 2018
15. 2. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/287 der Kommission zur Genehmigung einer nicht geringfügigen Änderung der Spezifikation eines im Register der geschützten Ursprungsbezeichnungen und der geschützten geografischen Angaben eingetragenen Namens („Salchichón de Vic“, „Llonganissa de Vic“ (g.g.A.))	L 55/17	27. 2. 2018
19. 2. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/288 der Kommission zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 367/2014 zur Festsetzung der für EGFL-Ausgaben verfügbaren Nettobeträge	L 55/18	27. 2. 2018
26. 2. 2018 Verordnung (EU) 2018/289 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1126/2008 zur Übernahme bestimmter internationaler Rechnungslegungsstandards gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf International Financial Reporting Standard (IFRS) 2 Anteilsbasierte Vergütung ⁽¹⁾	L 55/21	27. 2. 2018
(1) Text von Bedeutung für den EWR.		
26. 2. 2018 Verordnung (EU) 2018/290 der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1881/2006 hinsichtlich der Höchstgehalte von Glycidyl-Fettsäureestern in pflanzlichen Ölen und Fetten, Säuglingsanfangsnahrung, Folgenahrung und Lebensmitteln für besondere medizinische Zwecke für Säuglinge und Kleinkinder ⁽¹⁾	L 55/27	27. 2. 2018
(1) Text von Bedeutung für den EWR.		
26. 2. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/291 der Kommission zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 hinsichtlich der Bedingungen für die Genehmigung des Wirkstoffs Bifenthrin ⁽¹⁾	L 55/30	27. 2. 2018
(1) Text von Bedeutung für den EWR.		
26. 2. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/292 der Kommission zur Festlegung technischer Durchführungsstandards im Hinblick auf Verfahren und Formulare für Informationsaustausch und Amtshilfe zwischen zuständigen Behörden gemäß der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über Marktmissbrauch ⁽¹⁾	L 55/34	27. 2. 2018
(1) Text von Bedeutung für den EWR.		
15. 12. 2017 Delegierte Verordnung (EU) 2018/295 der Kommission zur Änderung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 44/2014 hinsichtlich der Anforderungen an die Bauweise von Fahrzeugen und der allgemeinen Anforderungen und der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 134/2014 in Bezug auf die Anforderungen an die Umweltverträglichkeit und die Leistung der Antriebseinheit für die Genehmigung von zwei-, drei- und vierrädrigen Fahrzeugen	L 56/1	28. 2. 2018

		ABI. EU	
Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift		– Ausgabe in deutscher Sprache –	
		Nr./Seite	vom
27. 2. 2018	Durchführungsverordnung (EU) 2018/296 der Kommission zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Extrakt aus <i>Reynoutria sachalinensis</i> gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln ⁽¹⁾	L 56/31	28. 2. 2018
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.			
–	Berichtigung der Verordnung (EU) 2017/1151 der Kommission vom 1. Juni 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und über den Zugang zu Fahrzeugreparatur- und -wartungsinformationen, zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission sowie der Verordnung (EU) Nr. 1230/2012 der Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission (ABl. L 175 vom 7.7.2017)	L 56/66	28. 2. 2018
11. 12. 2017	Delegierte Verordnung (EU) 2018/273 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des Genehmigungssystems für Rebpfanzungen, der Weinbaukartei, der Begleitdokumente und der Zertifizierung, der Ein- und Ausgangsregister, der obligatorischen Meldungen, Mitteilungen und Veröffentlichung der mitgeteilten Informationen und zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die diesbezüglichen Kontrollen und Sanktionen sowie zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 555/2008, (EG) Nr. 606/2009 und (EG) Nr. 607/2009 der Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 436/2009 und der Delegierten Verordnung (EU) 2015/560 der Kommission	L 58/1	28. 2. 2018
11. 12. 2017	Durchführungsverordnungen zur Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich des Genehmigungssystems für Rebpfanzungen, der Zertifizierung, der Ein- und Ausgangsregister, der obligatorischen Meldungen und Mitteilungen sowie mit Durchführungsverordnungen zur Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der einschlägigen Kontrollen und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/561 der Kommission	L 58/60	28. 2. 2018
27. 2. 2018	Durchführungsverordnung (EU) 2018/303 der Kommission zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Extrakt aus <i>Reynoutria sachalinensis</i> gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln ⁽¹⁾	L 59/1	1. 3. 2018
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.			
18. 12. 2017	Delegierte Verordnung (EU) 2018/306 der Kommission zur Festlegung von Spezifikationen für die Umsetzung der Anlande Verpflichtung für Dorsch und Scholle in den Fischereien in der Ostsee	L 60/1	2. 3. 2018
28. 2. 2018	Durchführungsverordnung (EU) 2018/307 der Kommission zur Ausdehnung der in der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen besonderen Garantien betreffend <i>Salmonella</i> spp. auf Fleisch von Masthähnchen (<i>Gallus gallus</i>), das in Dänemark in Verkehr gebracht werden soll ⁽¹⁾	L 60/5	2. 3. 2018
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.			
1. 3. 2018	Durchführungsverordnung (EU) 2018/308 der Kommission zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Formate, Dokumentvorlagen und Definitionen für die Ermittlung und Übermittlung von Informationen durch Abwicklungsbehörden für die Zwecke der Unterrichtung der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde über die Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten ⁽¹⁾	L 60/7	2. 3. 2018
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.			

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABI. EU – Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite vom	
1. 3. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/309 der Kommission zur Nicht-erneuerung der Genehmigung für den Wirkstoff Propineb gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission ⁽¹⁾	L 60/16	2. 3. 2018
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
28. 2. 2018 Verordnung (EU) 2018/302 des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen gegen ungerechtfertigtes Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 2006/2004 und (EU) 2017/2394 sowie der Richtlinie 2009/22/EG ⁽¹⁾	L 60/1	2. 3. 2018
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
– Berichtigung der Durchführungsverordnung (EU) 2018/303 der Kommission vom 27. Februar 2018 zur Nichtgenehmigung des Wirkstoffs Extrakt aus <i>Reynoutria sachalinensis</i> gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. L 59 vom 1.3.2018)	L 61/5	3. 3. 2018
2. 3. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/317 der Kommission zur Gewährung einer Ausnahme von der Verordnung (EG) Nr. 1967/2006 des Rates hinsichtlich des Mindestabstands von der Küste und der Mindestwassertiefe für Bootswaden zur Befischung von Glasgrundeln (<i>Aphia minuta</i>) in bestimmten Hoheitsgewässern Italiens	L 62/1	5. 3. 2018
22. 2. 2018 Verordnung (EU) 2018/318 der Europäischen Zentralbank zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1011/2012 über die Statistiken über Wertpapierbestände (EZB/2018/7)	L 62/4	5. 3. 2018
5. 3. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/324 des Rates zur Durchführung der Verordnung (EU) 2017/1509 über restriktive Maßnahmen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea	L 63/1	6. 3. 2018
5. 3. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/325 des Rates zur Durchführung von Artikel 17 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 224/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in der Zentralafrikanischen Republik	L 63/3	6. 3. 2018
5. 3. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/326 des Rates zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 208/2014 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in der Ukraine	L 63/5	6. 3. 2018
5. 3. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/327 der Kommission zur Zulassung einer Zubereitung aus Endo-1,4-beta-xylanase (EC 3.2.1.8), gewonnen aus <i>Trichoderma citrinoviride</i> Bisset (IMI SD135), als Zusatzstoff in Futtermitteln für Karpfen (Zulassungsinhaber: Huvepharma NV) ⁽¹⁾	L 63/7	6. 3. 2018
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
5. 3. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/328 der Kommission zur Zulassung einer Zubereitung aus <i>Bacillus subtilis</i> DSM 29784 als Zusatzstoff in Futtermitteln für Masthühner und Junghennen (Zulassungsinhaber: ADIESSEO France SAS) ⁽¹⁾	L 63/10	6. 3. 2018
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
5. 3. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/329 der Kommission zur Benennung eines Referenzzentrums der Europäischen Union für Tierschutz ⁽¹⁾	L 63/13	6. 3. 2018
⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
5. 3. 2018 Durchführungsverordnung (EU) 2018/330 der Kommission zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter nahtloser Rohre aus rostfreiem Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China im Anschluss an eine Überprüfung wegen des bevorstehenden Außerkrafttretens der Maßnahmen nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1036 des Europäischen Parlaments und des Rates	L 63/15	6. 3. 2018

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Postanschrift: 11015 Berlin

Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz

Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II

Postanschrift: 53094 Bonn

Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn

Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH

Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-1 40

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 85,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 6,05 € (5,00 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1095

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 5702 · Entgelt bezahlt

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift		ABI. EU		
		– Ausgabe in deutscher Sprache –		
		Nr./Seite	vom	
5.	3. 2018	Durchführungsverordnung (EU) 2018/337 der Kommission zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2403 zur Festlegung gemeinsamer Leitlinien über Deaktivierungsstandards und -techniken, die gewährleisten, dass Feuerwaffen bei der Deaktivierung endgültig unbrauchbar gemacht werden ⁽¹⁾	L 65/1	8. 3. 2018
		⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
7.	3. 2018	Durchführungsverordnung (EU) 2018/338 der Kommission zur Zulassung einer Zubereitung von 6-Phytase aus <i>Aspergillus niger</i> (DSM 25770) als Futtermittelzusatzstoff für Masthühner, Junghennen, Mastschweine, Sauen, Mastschweinearten und Zuchtschweinearten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung, Masttrüthühner, Zuchttrüthühner, alle anderen Vogelarten (außer Legevögeln) und Absatzferkel (Zulassungsinhaber BASF SE) ⁽¹⁾	L 65/17	8. 3. 2018
		⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.		
7.	3. 2018	Durchführungsverordnung (EU) 2018/339 der Kommission zur Abweichung von und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2535/2001 hinsichtlich der Einfuhrlicenzen für Milcherzeugnisse mit Ursprung in Island	L 65/21	8. 3. 2018
–		Berichtigung der Verordnung (EU) 2017/1538 der Europäischen Zentralbank vom 25. August 2017 zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/534 über die Meldung aufsichtlicher Finanzinformationen (EZB/2017/25) (ABI. L 240 vom 19.9.2017)	L 65/48	8. 3. 2018
–		Berichtigung der Verordnung (EU) 2016/1416 der Kommission vom 24. August 2016 zur Änderung und Berichtigung der Verordnung (EU) Nr. 10/2011 über Materialien und Gegenstände aus Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABI. L 230 vom 25.8.2016)	L 65/48	8. 3. 2018